



## MEDIENINFORMATION

### Kantonales Registerharmonisierungsgesetz: Antrag an den Landrat

*Die Nidwaldner Regierung hat die rechtlichen Grundlagen zur Umsetzung der vom Bund vorgegebenen Registerharmonisierung zu Händen des Landrates verabschiedet. Der Entwurf des kantonalen Registerharmonisierungsgesetzes sowie des Gesetzes über die Niederlassung und Aufenthalt fand in der Vernehmlassung grossmehrheitlich Zustimmung.*

Die Volkszählung 2010 wird erstmals ausschliesslich registergestützt durchgeführt. Grundlage für das neue Volkszählungssystem bilden harmonisierte Daten. Mit dem Bundesgesetz über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister vom 23. Juni 2006 hat der Bund den Rahmen vorgegeben. Die Kantone sind nun aufgefordert, die rechtliche Grundlage zur praktischen Umsetzung zu schaffen.

Seit Anfang 2008 laufen die Arbeiten zur Registerharmonisierung bei den Gemeinden des Kantons. Ein Projektteam, bestehend aus Vertretern von Gemeinden und dem Kanton sowie dem InformatikLeistungsZentrum (ILZ), begleitet und steuert den Prozess. Im Rahmen dieses Prozesses wurde ein Entwurf für ein kantonales Registerharmonisierungsgesetz und eine Teilrevision des Gesetzes über Niederlassung und Aufenthalt erarbeitet. Beide Vorlagen sind in der Vernehmlassung grossmehrheitlich positiv aufgenommen worden. Notwendigkeit und Nutzen des Registerharmonisierungsgesetzes sowie des Gesetzes über die Niederlassung und Aufenthalt wurden nicht in Frage gestellt.

Die Registerharmonisierung verursacht bei den Gemeinden Kosten für eine einheitliche Software zur Bereinigung und künftigen Führung der Personen- und Sachregister. Der Kanton beteiligt sich zur Hälfte an diesen Kosten sowie an den Aufwendungen des ILZ zur Unterstützung des Harmonisierungsprozesses. Die Gemeinden übernehmen zudem die personellen Aufwendungen zur Bereinigung der Registerdaten bis 2010. Längerfristig werden Effizienzsteigerungen bei der Datennachführung und beim Datenaustausch erwartet. Zudem werden mit der Registerharmonisierung wichtige Grundlagen für die Entwicklung von E-Gouvernement geschaffen.

Stans, 15. Mai 2009